

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Frank Schäffler, Christian Dürr, Dr. Florian Toncar, Bettina Stark-Watzinger, Markus Herbrand, Katja Hessel, Till Mansmann, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), Dr. Marco Buschmann, Karlheinz Busen, Britta Katharina Dassler, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Otto Fricke, Reginald Hanke, Peter Heidt, Katrin Helling-Plahr, Torsten Herbst, Dr. Gero Clemens Hocker, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Dr. Christian Jung, Karsten Klein, Pascal Kober, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Alexander Kulitz, Ulrich Lechte, Michael Georg Link, Dr. Martin Neumann, Christian Sauter, Dr. Wieland Schinnenburg, Matthias Seestern-Pauly, Frank Sitta, Dr. Hermann Otto Solms, Katja Suding, Linda Teuteberg, Stephan Thomae, Manfred Todtenhausen, Sandra Weeser, Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Auswirkungen des Brexit auf europäische Banken und Finanzdienstleister

Zum 1. Januar 2021 endet die Übergangsphase zwischen der Europäischen Union (EU) und dem Vereinigten Königreich (VK). Sollte am 1. Januar 2021 kein Handelsabkommen in Kraft sein, gelangt das Recht der WTO zur Anwendung. Derzeit können Banken und Finanzdienstleister, welche in einem Staat des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) zugelassen sind, ihr Geschäft auch in anderen Mitgliedstaaten des EWR ausüben. Dieser sogenannte EU-Pass droht mit Ende der Übergangsphase ebenfalls wegzufallen (<https://www.nzz.ch/wirtschaft/brexit-zaesur-fuer-grossbritanniens-banken-und-finanzplatz-london-ld.1589420>).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie viele britische Banken und andere Finanzdienstleister haben nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2020 EU-Pässe genutzt, um in Deutschland ihrem Geschäft nachzugehen (bitte die Pässe nach den unterschiedlichen Richtlinien aufschlüsseln)?
 - a) Wie hoch war der Umsatz dieser Finanzdienstleister 2020 in Deutschland nach Kenntnis der Bundesregierung?
 - b) Wie viele Mitarbeiter beschäftigen diese Finanzdienstleister in Deutschland bzw. im Vereinigten Königreich nach Kenntnis der Bundesregierung?
 - c) Wie viele Kunden haben diese Finanzdienstleister in Deutschland nach Kenntnis der Bundesregierung?

- d) Welche ökonomischen Folgen hat nach Einschätzung der Bundesregierung der Wegfall des EU-Passes für die britischen Finanzdienstleister und deren dort ansässige Kunden?
2. Wie viele Finanzdienstleister haben im Zuge des Brexit bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) Anträge auf Geschäftslizenzen gestellt, um nach einem möglichen Wegfallen des EU-Passes ihr Geschäft von dem Vereinigten Königreich nach Deutschland zu verlagern?
 - a) Wie viele davon wurden bisher (nicht) genehmigt?
 - b) Wie viele Finanzdienstleister haben in anderen EWR-Staaten eine entsprechende Lizenz beantragt?
 - c) Wie viele davon wurden bisher (nicht) genehmigt?
3. Hat die Bundesregierung Kenntnisse darüber, dass britische Finanzdienstleister Vermögenswerte im Zuge des Brexit nach Deutschland bzw. in andere EWR-Staaten verlagert haben?
 - a) Hat die Bundesregierung Kenntnisse darüber, dass britische Finanzdienstleister Niederlassungen im Zuge des Brexit nach Deutschland bzw. in andere EWR-Staaten verlagert haben?
 - b) Hat die Bundesregierung Kenntnisse darüber, dass britische Finanzdienstleister Mitarbeiter im Zuge des Brexit nach Deutschland bzw. in andere EWR-Staaten verlagert haben?
4. Wie viele deutsche Banken und andere Finanzdienstleister haben nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2020 EU-Pässe genutzt, um im Vereinigten Königreich ihrem Geschäft nachzugehen (bitte die Pässe nach den unterschiedlichen Richtlinien aufschlüsseln)?
 - a) Wie hoch war der Umsatz dieser Finanzdienstleister 2020 im Vereinigten Königreich nach Kenntnis der Bundesregierung?
 - b) Wie viele Mitarbeiter beschäftigen diese Finanzdienstleister in Deutschland bzw. im Vereinigten Königreich nach Kenntnis der Bundesregierung?
 - c) Wie viele Kunden haben diese Finanzdienstleister im Vereinigten Königreich nach Kenntnis der Bundesregierung?
 - d) Welche ökonomischen Folgen hat nach Einschätzung der Bundesregierung der Wegfall des EU-Passes für europäische bzw. deutsche Finanzdienstleister für deren Geschäftstätigkeit im Vereinigten Königreich und deren dort ansässige Kunden?
5. Welche ökonomischen Folgen hat nach Einschätzung der Bundesregierung der Wegfall des EU-Passes speziell für
 - a) britische Zahlungsdienstleister im deutschen Markt?
 - b) deutsche Zahlungsdienstleister im britischen Markt?
 - c) britische Investmentfonds im deutschen Markt?
 - d) deutsche Investmentfonds im britischen Markt?
6. Wie ist die Position der Bundesregierung hinsichtlich zukünftiger wechselseitiger Anerkennung von Finanzmarktregularien zwischen dem Vereinigten Königreich und Deutschland?
7. Hat die Bundesregierung Kenntnisse über Pläne für eine wechselseitige Anerkennung von Finanzmarktregularien zwischen dem Vereinigten Königreich und der Schweiz bzw. anderen nicht EWR-Staaten?

Wenn ja, wie bewertet die Bundesregierung die ökonomischen Folgen entsprechender Abkommen für den deutschen Finanzmarkt?

8. Welche fiskalischen Gesamtwirkungen erwartet die Bundesregierung für die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden durch den Brexit?

Berlin, den 16. Dezember 2020

Christian Lindner und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.